

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Dienstag, 2. Dezember 2025 · Nr. 280 · 246. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.50

Die Rückkehr der Atombombe

Mehreren Staaten wird der Bau von Nuklearwaffen zugestraut

yr. · Seit sich Nordkorea als Atommacht etabliert hat, ist die atomare Weltordnung ins Wanken geraten. Befeuert wird die Unsicherheit durch den Umstand, dass der atomare Schutzhelm der USA zusehends brüchig geworden ist. Nordkorea kann mit seinen Trägerraketen inzwischen die amerikanische Westküste erreichen. Das lässt Zweifel aufkommen, ob Präsident Trump bereit wäre, im Falle eines nuklearen Angriffs des Machthabers Kim Jong Un auf Südkorea oder Japan tatsächlich mit einem Gegenschlag zu reagieren.

In Umfragen in Südkorea sprach sich jüngst eine Mehrheit der Bevölkerung für eine atomare Bewaffnung aus. Selbst in Japan, dem einzigen Land, das Opfer eines Atomangriffs geworden ist, sind entsprechende Überlegungen nicht länger ein Tabu. Sobald sich aber ein Land für einen solchen Schritt entschiede, würde das einen atomaren Dominoeffekt auslösen. Die Internationale Atomenergiebehörde warnt offen vor einer solchen Kettenreaktion: Fällt ein einziger Dominostein, könnten rasch andere folgen. Neben Nordkorea wird ein solches Szenario etwa auch im Fall Irans befürchtet. Sollte sich das Mullahregime trotz allen Widerständen zur Atommacht aufschwingen, würde ziemlich sicher Saudiarabien folgen.

Die Atomenergiebehörde geht von einem Szenario mit bis zu 25 möglichen Atommächten aus. Was es bedeuten kann, auf Nuklearwaffen zu verzichten, zeigt auf schmerzliche Weise das Beispiel der Ukraine. Das Land übergab einst die im Land stationierten Atombomben an Russland – und ist seither ohne nukleare Schutzhelm den Angriffen Putins ausgesetzt.

International, Seite 5



Helene Budliger Artieda widerspricht der These, dass der Bundesrat bereits im Frühjahr einen Deal hätte abschließen können.

ANNIEK RAMP / NZZ

Der Bitcoin-Preis bricht ein

Angst vor einer KI-Blase und Hackerangriffe belasten die Kryptowährung

MICHAEL FERBER

Der Preis für die Kryptowährung Bitcoin ist deutlich gesunken. Von seinem Höchststand von mehr als 125 000 Dollar Anfang Oktober dieses Jahres auf rund 84 000 Dollar am Montag. Dabei sollte man jedoch nicht vergessen, dass sich der Preis für den Bitcoin, die wichtigste Kryptowährung, seit Ende 2023 immer noch verdoppelt und seit Ende 2022 mehr als verfünffacht hat. Genährt wurde die Begeisterung für Kryptowährungen unter anderem von Kapitalzuflüssen institutioneller Investoren, neuen Anlageprodukten, regulatorischen Erleichterungen in den USA sowie dem US-Präsidenten Donald Trump, der sich als «Kryptopräsident» bezeichnete.

Allerdings zeigt der jüngste Rücksetzer, dass die Bäume auch am Markt für Kryptowährungen nicht in den Himmel wachsen. Im vergangenen Jahr gab der Preis für Bitcoin um 12 Prozent nach. Zudem schwankt er sehr stark. Am Freitag vergangener Woche hatte er noch vorübergehend zugelegt, nun folgte der nächste Rückschlag.

Marktbeobachter und Kryptoexperten nennen mehrere Gründe für die volatile Entwicklung beim Bitcoin-Preis. Zunächst ist da die Angst vor einem Platzen einer möglichen KI-Blase: Insbesondere bei den Aktien der Unternehmen, die im Bereich der künstlichen Intelligenz tätig sind, ist die Nervosität gross. Das sorgt für Unsicherheit an den Börsen. Als Nvidia Rekordgewinne bekanntgab, gab die Börse trotzdem nach. Nvidia ist weltweit führend bei der Produktion von Computerchips für KI-Anwendungen.

Parallelen zu Technologieaktien

In jüngerer Zeit habe es grosse Abflüsse bei Spot-Bitcoin-ETF gegeben, sagt Uwe Scheunemann, Finanzplaner bei dem Unternehmen Progressive Finance. Das sind Anlageprodukte, die den Bitcoin-Preis abbilden. «Institutionelle Anleger nehmen Risiko, und damit Bitcoin, aus den Büchern.» Auf Unsicherheiten an den Finanzmärkten reagiere Bitcoin sehr stark und als Erstes, sagt Phil Lajacomo, Gründer des Finanzdienstleisters Berglind. Folglich entwickle sich der Preis für die Kryptowährung oftmals relativ ähnlich wie Technologieaktien. Aus seiner Sicht sollte der Bitcoin aber eigentlich viel eher wie Gold angeschaut werden.

Budliger betont, die dynamische Rechtsübernahme, vor der die Gegner warnen, gehe weniger weit, als dies oft dargestellt werde. Auch mit den neuen Verträgen habe es die Schweiz zum grössten Teil selbst in der Hand, wie sie sich wirtschaftspolitisch aufstelle. Reiner Freihandel mit der EU ist aus ihrer Sicht für die Schweiz keine verlockende Alternative zu den bilateralen Abkommen. Selbst das Vereinigte Königreich sei nach dem Brexit mittlerweile zum Schluss gekommen, dass ein solches Verhältnis mit der EU nicht genüge.

Zum Streit um die Geschenke an Trump äussert sich Budliger nur zurückhaltend. Aber sie sagt: «Ich persönlich bin enorm froh, dass es in diesem Land ein Unrechtsherrn gibt, das bereit ist, zu helfen, wenn das Land es braucht.» Die meisten seien von den Zöllen gar nicht essenziell betroffen.

Schweiz, Seite 8, 9

auf der Blockchain. So seien jüngst bei dem Unternehmen Yearn Finance Gelde gestohlen worden, dies habe allgemein das Vertrauen in Kryptoaanlagen geschmälert, sagt Scheunemann. Auch gebe es Sorgen um die Liquidität von Strategy (vormals Microstrategy), einem Technologieunternehmen, das viele Bitcoins hält.

Laut Meisser könnte es sogar Zeit für einen erneuten «Kryptowinter» sein – also eine Periode mit sinkenden Preisen. Bei Kryptowährungen seien psychologische Faktoren sehr wichtig, und der Glaube an einen etwa vierjährigen Zyklus sei verbreitet. Der letzte «Kryptowinter» begann im November 2021. «Typischerweise dauert ein «Kryptowinter» ein Jahr», sagt Meisser. Doch mit zunehmender Marktreife sind die Zyklen weniger akzentuiert. Langfristig sieht er den Bitcoin als digitales Gold – mit entsprechendem Potenzial nach oben.

Wie das Edelmetall gelten auch Kryptowährungen als spekulative Geldanlagen. Ihre Preise sind nicht fundamental erklärbar, vielmehr sind Erwartungen über die Entwicklung der Preise entscheidend. Sie basieren also letztlich auf der Spekulation, dass jemand in der Zukunft einen höheren Preis bezahlen wird als heute.

Spekulative Anlagen

Kryptowährungen profitieren von den Zweifeln an den traditionellen Fiatwährungen – also ungedeckten Papierwährungen wie dem Dollar oder dem Euro. Viele Anleger fürchten deren zunehmende Entwertung, die durch das Gelddrucken der Notenbanken entstehen könnte. «Nach wie vor wachsen die Staatschulden ins Unermessliche, und die Notenbanken liefern Liquidität», sagt Scheunemann. Das Interesse institutioneller Grossinvestoren am Bitcoin sei denn auch weiterhin vorhanden. Langfristig könnten, auch aufgrund der unterstützenden Trump-Administration, einige grosse Pensionskassen diverser amerikanischer Gliedstaaten die Kryptowährung in ihre Anlageportfolios aufnehmen. Scheunemann hält Bitcoin und Ethereum als Beimischung mit einem Anteil von bis zu 5 Prozent auch in Portfolios von Privatanlegern für vertretbar.

Reto Spring, Präsident des Finanzplaner-Verbands, verweist indessen darauf, dass viele etablierte Finanzunternehmen weiterhin nicht auf Kryptowährungen setzen. Bitcoin und andere Kryptoplattformen seien bestenfalls als «Spielgeld» geeignet. Anleger sollten hier nur Geld investieren, das sie nicht brauchen. Kryptowährungen seien spekulative Anlagen und für den langfristigen Vermögensaufbau nicht geeignet. Wichtig sei auch, darauf zu achten, dass Kryptowährungen beim Tod des Anlegers nicht verlorengehen. Wer in Kryptowährungen investiere, gehe ein erhöhtes Risiko ein, sagt Philipp Merkt, Anagechef von PostFinance. In der Vergangenheit wurde dieses Risiko teilweise durch höhere Renditen und Kurssteigerungen belohnt, cinc Garantie dafür gibt es jedoch nicht.

Die dunkle Seite des Showbusiness

Ein bekannter Influencer steht wegen Vergewaltigung vor Gericht

sgt. · Mächtige Männer aus dem Showbusiness, die jungen Frauen grosse Versprechen machen – und danach Übergriffe begegnen: Diese Konstellation ist in den vergangenen Jahren zu einem zentralen Schauplatz der #MeToo-Debatte geworden. Sei es bei den Vorwürfen gegen den Musiker Sean Combs oder den Schöpfer des Modelabels Abercrombie & Fitch. Die Schwierigkeit solcher Fälle ist stets dieselbe: Lässt sich am Ende rechtmässig beweisen, was öffentlich vorgeworfen wird? Es ist eine Frage, die sich derzeit auch das Bezirksgericht Zürich stellen muss. In einem aufschenerregenden Fall ist dort ein 30-jähriger Influencer angeklagt, dem fünf Frauen Vergewaltigung und Nötigung vorwerfen. Er selbst sieht sich als Opfer einer «Medienkampagne».

Die Verhandlung wirkt ein Schlaglicht auf die diffizile Abwägung zwischen Opferschutz und den Rechten von Beschuldigten, die jüngst auch zu einer Reform des Sexualstrafrechts führte.

Zürich und Region, Seite 14

«Sie haben das für unser Land gemacht»

Die Schweizer Staatsekretärin Helene Budliger Artieda dankt den Unternehmern, die bei Trump vorgesprochen haben

fab./pfi · Die Kritik ist laut und vielmässig. Nicht nur die Linken schaufeln sich darüber, dass sechs Unternehmer ohne politisches Amt im Zollstreich mit den USA eine wichtige Rolle gespielt haben. Auch aus der FDP kam Skepsis, und der Swatch-Patron Niels Hayek machte sich öffentlich über die Kollegen lustig, die bei Donald Trump im Oval Office für die Schweiz vermittelten haben.

Nun äussert sich zum ersten Mal jene Frau zum Thema, die aufseiten des Bundes im Hintergrund eine Hauptrolle spielte: Helene Budliger Artieda, die Staatsekretärin für Wirtschaft. Sie sagt im Interview mit der NZZ, der Besuch der Unternehmer sei «entscheidend» gewesen: «Die Delegation hat bewirkt, dass Präsident Trump seinem Handelsbeauftragten grünes Licht gab, die Verhandlungen mit uns aufzuschliessen.»

Zum Streit um die Geschenke an Trump äussert sich Budliger nur zurückhaltend. Aber sie sagt: «Ich persönlich bin enorm froh, dass es in diesem Land ein Unrechtsherrn gibt, der bereit ist, zu helfen, wenn das Land es braucht.» Die meisten seien von den Zöllen gar nicht essenziell betroffen.